Gremium	Termin	Status
Ortsbeirat Friesenheim	12.09.2023	öffentlich

Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Situation der engen Straßen in Friesenheim

Vorlage Nr.: 20236920

Stellungnahme der Verwaltung

1. Grundsätzliches zu den Zuständigkeiten der Polizei, des kommunalen Vollzugsdienstes und der Verkehrsüberwachung:

Gemäß §1 Absatz 1 Polizei- und Ordnungsgesetz (POG) Rheinland-Pfalz haben die allgemeinen Ordnungsbehörden und die Polizei die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren.

Die allgemeine Ordnungsbehörde ist in kreisfreien Städten die Stadtverwaltung (§103 Absatz 1, §104 Absatz 1, §104 Absatz 2 Nr.2 POG).

Durch Rechtsverordnung der Landesregierung wird die sachliche Zuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörde (§105 Absatz 1 POG) geregelt.

Somit ergibt sich nach dem POG für die kreisfreien Städte zum Vollzug ihrer Verwaltung noch die Möglichkeit für die Bestellung von kommunalen Vollzugsbeamten (§109 POG) und Hilfspolizeibeamten (§110 POG).

Die kommunalen Vollzugsbeamten sind dem KVD (kommunaler Vollzugsdienst) zugeordnet. Der KVD ist dem Bereich öffentliche Ordnung (2-14) angegliedert.

Dem Bereich Öffentliche Ordnung obliegen Aufgaben der Gefahrenabwehr und des Gesundheitswesens. Dazu zählen beispielsweise: Lebensmittelüberwachung, gesundheitlicher Verbraucherschutz, Gaststättenrecht, Spielverordnung, unhygienische Zustände, Rattenbekämpfung, aber auch Unterbringungen nach dem Gesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG) und Heilpraktikerzulassungen.

Neben dem Vollzug der städtischen Gefahrenabwehrverordnung ist der Bereich Öffentliche Ordnung zuständig zur Gefahrenabwehr bei Versammlungen und Demonstrationen sowie beim Umgang mit Waffen und Munition. Weitere Aufgaben nimmt der Bereich Öffentliche Ordnung wahr auf den Gebieten Ladenschlussgesetz, Sonn- und Feiertagsgesetz, Veranstaltungen auf der Straße, Warenauslagen, Verkauf aus Kraftfahrzeugen, Straßenlokalen und dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz sowie die Überwachung zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes.

Der Bereich Öffentliche Ordnung betreibt das Fundbüro und unterstützt mit seinem Vollzugsdienst andere Bereiche der Stadtverwaltung.

Darüber hinaus ist hier die Gewerbebehörde angesiedelt. Diese ist zuständig für die Erteilung von Gewerbeerlaubnissen und Ausstellung von Reisegewerbekarten, sowie deren Überwachung, wie beispielsweise Schwarzarbeit oder Firmierung.

Die Hilfspolizeibeamten sind für die Verkehrsüberwachung im Bereich Straßenverkehr (2-15) von der Stadtverwaltung angesiedelt.

Die Aufgaben der Verkehrsüberwachung unterscheiden sich allgemein durch den ruhenden und fließenden Verkehr.

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist die hoheitliche Aufgabe, Verstöße im ruhenden (parkende und haltende Fahrzeuge) Straßenverkehr als Verkehrsordnungswidrigkeit zu ahnden. Hierunter fallen vor allem Verstöße gegen Halt- und Parkverbote sowie zeitlich begrenztes und gebührenpflichtiges Parken.

Das Aufgabengebiet der Verkehrsüberwachung im ruhenden Verkehr umfasst:

- die Gewährleistung der Fahrzeugrotation auf Kurzzeitparkplätzen
- die Sicherung von Einnahmen bei gebührenpflichtigen Parkständen
- die Vermeidung der Blockade von Feuerwehrezufahrten und Behindertenparkplätzen
- Abschleppmaßnahmen an gefährlichen Stellen
- die Gewährleistung der Mindestfahrbahnbreite (3,05 m)
- die Durchsetzung von Parkraumkonzepten (z.B. Bewohnerparken etc.)

Die Hilfspolizeibeamte werden auch bei der Überwachung des innerörtlichen Fließverkehrs eingesetzt.

Die Hauptaufgabe ist zurzeit die Geschwindigkeitsüberwachung (einschließlich Gurtkontrolle und Ahndung von Nutzung des Handys am Steuer.

Alle weiteren Bereiche des Fließverkehrs obliegen der Polizei (illegale Autorennen, „Poser“, Straftaten mit Kraftfahrzeugen, etc.)

2. Enge Straßen

Das Projekt „enge Straßen“ wurde bereits im Jahr 2018 abgeschlossen. Seit diesem Zeitpunkt wurden keine neuen Erhebungen hinsichtlich des Sachverhaltes gemacht.

Wie den Aufgaben der Verkehrsüberwachung zu entnehmen ist, ist ein Aufgabengebiet die Gewährleistung der Mindestdurchfahrtsbreits von 3,05 m. Im Zuge der täglichen Kontrollen wird dies geprüft und bei Verstößen geahndet.